

**Artikel, der Online eingestellt war:**

Hartz-IV-Empfänger

## **Linke Hilfe greift Sozialamt an**



Hartz IV (Bild: ddp)

Der Verein Linke Hilfe Wiesbaden hat gestern schwere Vorwürfe gegenüber dem Amt für soziale Arbeit erhoben. "Den Betroffenen werden systematisch ihnen zustehende Leistungen vorenthalten", sagte Manuela Schon vom Vorstand. Zudem würden die Menschen schikaniert.

Das reiche soweit, dass einige Betroffene mittlerweile darauf verzichteten, die ihnen zustehenden Leistungen zu beanspruchen. Unter anderem sei eine ALG-I-Bezieherin nicht darauf hingewiesen worden, dass ihr mehr Geld zustehe. "Sie hätte ein Jahr lang 400 Euro mehr haben können."

Der Verein hilft seit rund einem Jahr Hartz-IV-Empfängern und unterstützt sie im Umgang mit dem Sozialamt. Zudem gibt es in den Räumen im Römerberg 9 Sozial- und Rechtsberatung und Hilfe beim Ausfüllen der Formulare.

Gegründet wurde der Verein von der Partei "Die Linke" und der Linken Liste Wiesbaden. Mittlerweile hat er 27 Mitglieder. Die Beratung, dienstags und donnerstags jeweils von 10 bis 12 Uhr, ist laut Schon kostenlos. "Da sind Schicksale dabei, die einen sehr mitnehmen."

Laut Jürgen Becker, dem sozialpolitischen Sprecher der Fraktion der Linken Liste, handele es sich entgegen den Angaben des Amtes "nicht um Einzelfälle". Pro Woche gebe es zehn bis 15 Fälle. "Die Menschen werden vom Amt nicht so gut behandelt." Becker schilderte den Fall einer Frau, die trotz eines vor dem Sozialgericht getroffenen Vergleichs noch immer kein Geld ausbezahlt bekomme. Vielen könne schon geholfen werden, wenn sie von einem Berater des Vereins bei den Behördengängen begleitet würden.

Ralf Jäger, der persönliche Referent von Sozialdezernent Arno Goßmann (SPD), wies die Vorwürfe gestern zurück: "Da wird stark vereinfacht". Mit 30000 Menschen, die in den Bereich des Sozialgesetzbuchs II - Grundsicherung für Arbeitsuchende - fielen, hätte das Amt täglich zu tun.

Sollte tatsächlich mal etwas nicht klappen, seien das "bedauerliche Einzelfälle". Sollte es zudem Hinweise auf Fehler geben, "gehen wir der Sache nach und überprüfen die Fälle". Allerdings hapere es bei vielen Betroffenen auch an der eigenen Mitverantwortungspflicht.  
(rmu)

[ document info ]

Copyright © FR-online.de 2009

Dokument erstellt am 25.08.2009 um 16:52:03 Uhr

Letzte Änderung am 25.08.2009 um 16:59:51 Uhr

Erscheinungsdatum 25.08.2009 | Ausgabe: r1nw

URL: [http://www.fr-](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/wiesbaden/?em_cnt=1901208&em_loc=1708)

[online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/nachrichten/wiesbaden/?em\\_cnt=1901208&em\\_loc=1708](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/wiesbaden/?em_cnt=1901208&em_loc=1708)

## **Aus der Printausgabe:**

### **Verein wirft Amt Schikane vor**

Linke Hilfe berät Hartz-IV-Empfänger

Der Verein Linke Hilfe Wiesbaden hat gestern schwere Vorwürfe gegenüber dem Amt für soziale Arbeit erhoben. "Den Betroffenen werden systematisch ihnen zustehende Leistungen vorenthalten", sagte Manuela Schon vom Vorstand. Zudem würden die Menschen schikaniert.

Das reiche soweit, dass einige Betroffene mittlerweile darauf verzichteten, die ihnen zustehenden Leistungen zu beanspruchen. Unter anderem sei eine ALG-I-Bezieherin nicht darauf hingewiesen worden, dass ihr mehr Geld zustehe. "Sie hätte ein Jahr lang 400 Euro mehr haben können."

Der Verein hilft seit rund einem Jahr Hartz-IV-Empfängern und unterstützt sie im Umgang mit dem Sozialamt. Zudem gibt es in den Räumen im Römerberg 9 Sozial- und Rechtsberatung und Hilfe beim Ausfüllen der Formulare.

Gegründet wurde der Verein von der Partei "Die Linke" und der Linken Liste Wiesbaden. Mittlerweile hat er 27 Mitglieder. Die Beratung, dienstags und donnerstags jeweils von 10 bis 12 Uhr, ist laut Schon kostenlos. "Da sind Schicksale dabei, die einen sehr mitnehmen."

Laut Jürgen Becker, dem sozialpolitischen Sprecher der Fraktion der Linken Liste, handele es sich entgegen den Angaben des Amtes "nicht um Einzelfälle". Pro Woche gebe es zehn bis 15 Fälle. "Die Menschen werden vom Amt nicht so gut behandelt." Becker schilderte den Fall einer Frau, die trotz eines vor dem Sozialgericht getroffenen Vergleichs noch immer kein Geld ausbezahlt bekomme. Vielen könne schon geholfen werden, wenn sie von einem Berater des Vereins bei den Behördengängen begleitet würden.

Ralf Jäger, der persönliche Referent von Sozialdezernent Arno Goßmann (SPD), wies die Vorwürfe gestern zurück: "Da wird stark vereinfacht". Mit 30

000 Menschen, die in den Bereich des Sozialgesetzbuchs II - Grundsicherung für Arbeitsuchende - fielen, hätte das Amt täglich zu tun.

Sollte tatsächlich mal etwas nicht klappen, seien das "bedauerliche Einzelfälle". Sollte es zudem Hinweise auf Fehler geben, "gehen wir der Sache nach und überprüfen die Fälle". Allerdings hapere es bei vielen Betroffenen auch an der eigenen Mitverantwortungspflicht.

rmu